

Liestal, 15. Mai 2022

Medienmitteilung

Die FDP Baselland ist zufrieden mit den Resultaten des Abstimmungssonntages

- **Ja zum Transplantationsgesetz sowie zur Frontex Vorlage**
- **Annahme des Lex Netflix**
- **Klare Zustimmung zur Teilrevision des Baselbieter Sozialhilfegesetzes**
- **Sehr deutliches Ja zur Änderung der Kantonsverfassung betreffend Bestimmungen über die Ombudsperson**

Die FDP Baselland ist zufrieden mit den Resultaten des Abstimmungssonntages, an dem drei nationale und zwei kantonale Vorlagen zur Abstimmung gestanden sind.

Mit rund 58 Prozent Ja-Stimmen haben die Schweizerinnen und Schweizer das revidierte Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen angenommen. Die FDP Baselland wie auch die Mutterpartei hatten die Ja-Parole zum Transplantationsgesetz gefasst. Mit rund 60 Prozent Ja-Stimmen – wurde die Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur, das sogenannte Lex Netflix, angenommen. Es ist dem grossen Engagement der Jungfreisinnigen zu verdanken, dass das Referendum zu dieser umstrittenen Gesetzesvorlage zu Stande gekommen ist. Die Jungfreisinnigen und die FDP, die dazu die Nein-Parole gefasst hatten, sind natürlich enttäuscht über diesen Volksentscheid, da man sich nicht damit anfreunden wollte, dass staatlich vorgeschrieben wird, was man auf den Streaming-Plattformen schauen soll. Mit rund 72 Prozent Ja-Stimmen stimmten die Schweizerinnen und Schweizer deutlich für die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands (Frontex Vorlage). Die FDP Baselland folgte in dieser Frage der Ja-Parole der Mutterpartei.

Mit 64 Prozent Ja stimmten die Baselbieterinnen und Baselbieter deutlich der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes zu. Dazu kommentierte Ferdi Pulver, Präsident der FDP Baselland: «Wir sind sehr erleichtert über die klare Zustimmung, denn nichts machen, wäre keine Option gewesen.» Und weiter: «Zusammen mit unseren bürgerlichen Partnern ist es uns scheinbar gelungen, in einem sehr kontrovers geführten Abstimmungskampf den grossen Handlungsbedarf in der Sozialpolitik unseres Kantons aufzuzeigen. Denn seit Jahren sehen wir uns mit einer steigenden Sozialhilfequote und mit längeren Bezugsdauern konfrontiert. Das revidierte Gesetz setzt den Fokus richtigerweise verstärkt auf die Prävention und die Arbeitsmarktintegration. Dabei zentral ist die stärkere finanzielle

Unterstützung während der Ausbildung, um die betroffenen Personen für den Arbeitsmarkt fit zu machen und auf diese Weise die Dauer des Sozialhilfebezug zu verkürzen.» Die Änderung der Kantonsverfassung betreffend Bestimmungen über die Ombudsperson wurde mit 86 Prozent Ja-Stimmen sehr deutlich angenommen.

Kontakt:

Ferdi Pulver, Präsident FDP Baselland, 079 423 59 19